

"Die Schweiz ist familienpolitisch ein Entwicklungsland"

Autor(en): **Krummenacher, Jürg / Ramser, Franziska**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **106 (2009)**

Heft 3

PDF erstellt am: **21.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-839928>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

«Die Schweiz ist familienpolitisch ein Entwicklungsland»

Er fordert Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien und setzt auf Bildungspolitik: Wer die Familienarmut nachhaltig bekämpfen wolle, müsse für einen Ausbau der schul- und familienergänzenden Kinderbetreuung sorgen, sagt Jürg Krummenacher.

Herr Krummenacher, wir stecken mitten in einer Wirtschaftskrise, die Zahl der Arbeitslosen und der Sozialhilfeempfänger wird laut Prognosen dramatisch ansteigen. Rutschen infolge der Krise hierzulande viele Menschen in die Armut ab?

Die Armutsquote in der Schweiz betrug im Jahr 2006 neun Prozent. Es ist zu befürchten, dass sie mit der Wirtschaftskrise stark ansteigen wird. Die Städteinitiative Sozialpolitik geht davon aus, dass im nächsten Jahr bis zu 30 Prozent mehr Menschen auf Sozialhilfe angewiesen sein werden. Insbesondere junge Erwachsene sind überdurchschnittlich auf die Sozialhilfe angewiesen. Generell gilt: Im Erwerbsalter sind vor allem Leute mit einer schlechten Ausbildung von Arbeitslosigkeit und damit oft auch von Armut betroffen. Wer keine gute Ausbildung hat, hat auf unserem Arbeitsmarkt schlechte Chancen. Das hängt auch mit dem Strukturwandel unserer Wirtschaft in den letzten 30 Jahren zusammen: Dem Wandel von der Industrie- zu einer Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft sind viele Industriearbeitsplätze zum Opfer gefallen. Sie wurden wegrationalisiert oder ins Ausland verlagert. Der Wettbewerbsdruck wird wohl anhalten, womit die Chancen für schlecht Ausgebildete schlecht bleiben dürften.

Wird neben der Arbeitslosigkeit auch die Zahl der Working Poor zunehmen?

Die prekären Arbeitsverhältnisse, also Beschäftigungen mit Kleinstpensen, Arbeit auf Abruf und schlecht bezahlte Stellen im Dienstleistungssektor, werden zunehmen. Und damit auch die Zahl der Working Poor.

Stark von Armut betroffen sind auch Familien. Sind Kinder tatsächlich ein Armutsrisiko?

Kinder zu haben ist – neben einer schlechten Ausbildung – das grösste Armutsrisiko. Schätzungen gehen davon aus, dass in unserem Land rund 250 000 Kinder von Armut betroffen sind. Und: Armut wird häufig vererbt.



Woran liegt das?

Es ist vor allem ein Bildungsproblem. Die Pisa-Studien haben gezeigt, dass unser Bildungssystem sehr ungerecht ist: Über die Bildungschancen entscheiden weniger Intelligenz und Fleiss als die soziale Herkunft. Um diese Ungleichheit zu korrigieren, werden in der Zukunft grosse Anstrengungen notwendig sein. Aus meiner Sicht muss Sozialpolitik im 21. Jahrhundert vor allem Bildungspolitik sein: Investitionen in diesem Bereich sind nicht einfach Kosten, sie sind Investitionen in die Zukunft, ins sogenannte Humanvermögen.

Sind bestimmte Gruppen von Familien besonders häufig von Armut betroffen?

Ja, Alleinerziehende – meist Mütter – und Familien mit mehr als drei Kindern sind überdurchschnittlich von Armut betroffen. Das sind zugleich oft Menschen ohne nachobligatorische Bildung, in vielen Fällen haben sie einen Migrationshintergrund. Das hat zu tun mit der Schweizer Arbeitsmarktpolitik: Während Jahrzehnten hat man im Ausland vor allem Leute mit niedrigen Qualifikationen rekrutiert.

Was bedeutet Familienarmut für die Betroffenen konkret?

Es ist extrem schwierig, in einem so reichen Land wie der Schweiz arm zu sein. Umgeben von so viel Luxus nicht zu wissen, ob man die Zahnarztrechnung bezahlen, das Schullager oder den Musikunterricht eines Kindes finanzieren kann, bedeutet eine enorme Belastung. Arm zu sein, ist darum auch mit Schamgefühlen verbunden. Das ist ein wesentlicher Grund dafür, dass die Armut in der Schweiz sehr häufig versteckt ist: Fast 50 Prozent der Leute, die hierzulande Anspruch hätten auf Sozialhilfe, beziehen diese nicht. Die Betroffenen leiden zudem unter Schuldgefühlen. Die Debatte über den Missbrauch der Sozialhilfe hat dies zusätzlich verschärft.

Wird Armut tabuisiert?

Nein. Anders als noch in den Achtzigerjahren, als es hiess, es gebe hierzulande keine Armut, wird heute nicht mehr bestritten, dass die Armut auch bei uns existiert. Aber es fehlen die Massnahmen. Bisher gibt es keine Armutsstrategie. Eine solche ist jetzt zwar im Entstehen begriffen, aber die Schweiz tut sich ausserordentlich schwer mit dem Thema.

Welches sind die grössten Belastungen für das Budget einer von Armut betroffenen Familie?

Mit einem Minimallohn von 2500 Franken, wie er in vielen Branchen üblich ist, hat man bereits als Einzelperson Mühe durchzukommen. Für eine Familie mit Kin-

ZESO-SCHWERPUNKT

Weitere Beiträge zur Familienarmut:

- S. 8: Ergänzungsleistungen für Familien:
Wo es sie bereits gibt und wo man über eine Einführung nachdenkt
- S. 11: Sie steigen und steigen:
Wie Krankenkassenprämien das Familienbudget belasten
- S. 13: «Der reichen Schweiz unwürdig»:
Kommentar von Pro Familia Schweiz

dern ist es noch viel schwieriger, damit über die Runden zu kommen. Die Schweiz ist ein sehr teures Land. Ins Gewicht fallen vor allem Lebensunterhaltskosten, also Wohnen, Nahrung und Transport.

Per 2010 steigen die Krankenkassenprämien drastisch an, eine vierköpfige Familie wird dann mit monatlich rund 1000 Franken zur Kasse gebeten. Verschärft sich damit die Notlage armutsbetroffener Familien?

Der Anstieg wird dazu führen, dass mehr Leute auf eine Prämienverbilligung angewiesen sein werden. Für diejenigen, die bereits unter der Armutsgrenze leben, wird der Prämienanstieg kaum Auswirkungen haben, da sie bereits eine Prämienverbilligung von 100 Prozent erhalten.

In den nächsten Jahren wird infolge der Wirtschaftskrise auch die Familienarmut ansteigen. Ist der Sozialstaat gut aufgestellt für die kommenden Herausforderungen?

Grundsätzlich hat die Schweiz einen gut funktionierenden Sozialstaat. Allerdings hat in den letzten Jahren durch die verschiedenen Revisionen der Sozialversicherungen ein schleichender Sozialabbau stattgefunden. Im Einzelnen kleine Veränderungen wirken sich gravierend auf das ganze System aus: So führt etwa die restriktivere Praxis bei der Arbeitslosenversicherung zu einer Verlagerung zur Sozialhilfe, dasselbe passiert mit der Invalidenversicherung: Der Grundsatz «Arbeit vor Rente» ist zwar zu begrüssen, aber wenn jemand trotz Bemühungen keine Arbeit findet, wird er früher oder später auf Sozialhilfe angewiesen sein. Damit findet eine Kommunalisierung der sozialen Sicherheit statt. Es kann aber nicht Aufgabe der Sozialhilfe sein, strukturelle Probleme zu lösen. Deshalb wären zwei grundlegende Massnah- ➤

JÜRIG KRUMMENACHER

Jürg Krummenacher ist Präsident der Eidgenössischen Koordinationskommission für Familienfragen (EKFF). Von 1991 bis 2008 war er Direktor von Caritas Schweiz, seit 2008 arbeitet er für eine Zürcher Beratungsfirma. Jürg Krummenacher lebt in Schwyz und ist Vater von zwei erwachsenen Kindern.



Bilder: Meinrad Schade

> men dringend: Das sind erstens Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien. Diese würden die Situation armutsbetroffener Familien wesentlich verbessern. Ich bedauere sehr, dass der Nationalrat die Arbeit am vorliegenden Gesetzesentwurf sistiert hat. Zweitens brauchte es ein Rahmengesetz zur Existenzsicherung und Integration, wie es die SKOS schon vor über hundert Jahren gefordert hat.

Sie haben die Bedeutung der Bildungspolitik bereits angesprochen. Welche Massnahmen sind hier nötig?

Bildung beginnt nicht erst in der Schule, sondern bereits auf dem Wickeltisch. Die ersten Jahre sind enorm wichtig für die Bildungsbiografie, hier passieren die Weichenstellungen in Bezug auf die motorische, kognitive, soziale und emotionale Entwicklung. Momentan fehlen in der Schweiz Krippenplätze für rund 120 000

Kinder. Die schul- und familienergänzende Kinderbetreuung muss deshalb dringend ausgebaut werden.

Welche Bedeutung hat die familienergänzende Kinderbetreuung?

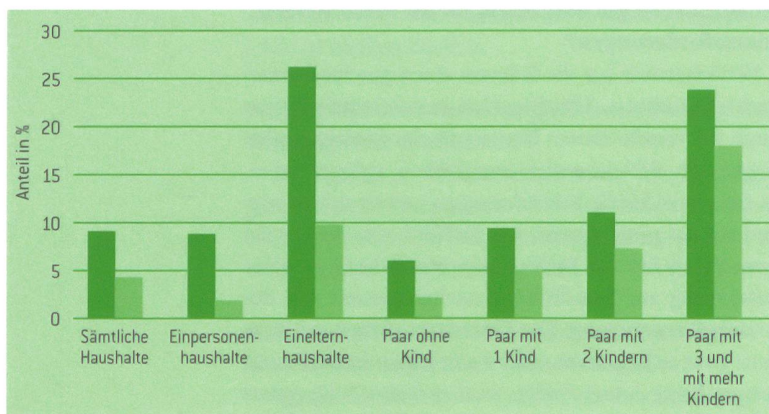
Wenn sie qualitativ gut ist, wirkt sie sich positiv auf Kinder aus bildungsfernen Familien aus, dies belegen alle Studien. Aber auch Kinder, deren Eltern gut ausgebildet sind, profitieren davon. Denn diese Kinder wachsen oft ohne oder nur mit einem Geschwister auf – der Umgang mit Gleichaltrigen spielt in Bezug auf die Bildungsbiografie indes eine wichtige Rolle.

Was verstehen Sie unter «qualitativ gut»?

Man sollte bei der Ausbildung der Betreuungspersonen grosses Gewicht auf die Vermittlung von frühpädagogischen und -psychologischen Erkenntnissen legen und die Betreuerinnen darin anleiten, wie sie gezielt die

Grafik 1
ARMUTS- UND WORKING-POOR-QUOTE

Nach Haushaltstyp im 2007

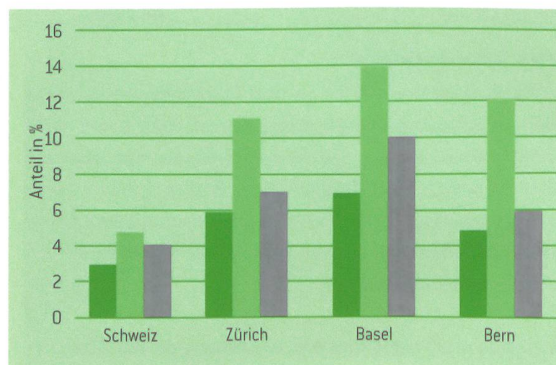


■ allgemeine Armutsquote
■ Working-Poor-Quote

Quelle: SAKE BFS

Grafik 2
SOZIALHILFEQUOTE DER KINDER UND JUNGEN ERWACHSENEN

Im Vergleich zur allgemeinen Sozialhilfequote im 2007



■ allgemeine Sozialhilfequote
■ Kinderquote
■ 18 bis 26 Jahre

Quelle: Sozialhilfestatistik BFS, Städteinitiative

Bildung der Kinder fördern können – ohne eine Verschulung der Krippen anzustreben.

Braucht es im Bereich der Bildungspolitik weitere Efforts?

Notwendig ist auch ein Ausbau der schulergänzenden Betreuungsangebote. Rund 40 Prozent der Sieben- bis Vierzehnjährigen sind zu Hause wenig oder gar nicht betreut, was natürlich zum Problem wird, wenn diese Kinder sich selbst überlassen vor dem Fernseher sitzen oder auf der Strasse herumhängen. Handlungsbedarf gibt es auch, was den Eintritt ins Berufsleben betrifft: In der Schweiz haben jährlich 2500 junge Erwachsene erhebliche Schwierigkeiten mit dem Berufseintritt und landen oft direkt bei der Sozialhilfe. Wir müssen also auch mehr in die Nachholbildung investieren.

Welchen Einfluss hat die Steuerpolitik auf die Situation von Familien?

Die anstehende Reform der Familienbesteuerung geht in die richtige Richtung, von der Einführung des Elterntarifs würden vor allem auch Familien des Mittelstands profitieren. Dass wir auch bei Mittelschichtsfamilien Verbesserungsbedarf haben, zeigt sich gerade bei der externen Kinderbetreuung: Die Kosten sind für Eltern mit einem mittleren Einkommen oft eine enorme finanzielle Belastung und stellen für Mütter geradezu einen negativen Anreiz dar, nicht arbeiten zu gehen. Untersuchungen zeigen, dass jeder in die familienexterne Kinderbetreuung investierte Franken das drei- bis vierfache an die Gesellschaft zurückbringt, dank höherer Steuer- und Sozialversicherungserträge, besserer Karrieremöglichkeiten, insbesondere der Frauen, und einer Reduktion der Sozialhilfeausgaben. Wenn gut ausgebildete Frauen nicht arbeiten gehen, ist das hingegen eine Verschleuderung von Ressourcen.

Wie steht die Schweizer Familienpolitik denn im Vergleich zu anderen europäischen Ländern da?

Wir sind alles andere als ein familienpolitisches Paradies. Die Schweiz gibt rund 1,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Familienpolitik aus – in Frankreich oder den skandinavischen Ländern ist dieser Anteil dreimal so hoch. Für die schul- und familienergänzende Kinderbetreuung wenden wir 0,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf, Österreich hingegen das Drei-, Dänemark sogar das Zehnfache. Die Schweiz ist familienpolitisch praktisch ein Entwicklungsland. Es gibt einen enormen Bedarf, mehr in die Familien zu investieren – denn schliesslich sind die Kinder die Zukunft unserer Gesellschaft.

Bekanntlich lässt sich in der politischen Wirklichkeit oft nur ein Bruchteil des Wünschenswerten realisieren. Wo müssen die Prioritäten gesetzt werden?

Meine beiden Hauptanliegen sind der Ausbau der schul- und familienergänzenden Kinderbetreuung sowie die Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien. Daneben gibt es aber auch Massnahmen, die nichts kosten, sondern sogar Einsparungen bringen: Un-

«Bildung beginnt nicht erst in der Schule, sondern bereits auf dem Wickeltisch.»

sere verschiedenen Systeme der sozialen Sicherheit, also Arbeitslosenversicherung, Invalidenversicherung und Sozialhilfe, sind schlecht aufeinander abgestimmt. Mit einer Verbesserung der interinstitutionellen Zusammenarbeit liesse sich viel Geld sparen.

Was passiert, wenn die nötigen Massnahmen gegen die Familienarmut nicht getroffen werden?

Wenn die Kluft zwischen Arm und Reich noch grösser wird, kann das den sozialen Frieden gefährden. Zudem sind, wenn Kinder und Jugendliche in prekären Lebensverhältnissen aufwachsen und den Berufseinstieg nicht schaffen, Folgeprobleme sehr wahrscheinlich. Wenn junge Menschen jahrzehntelang auf die Sozialhilfe angewiesen sind, allenfalls Suchtprobleme entwickeln oder kriminell werden, sind auch die volkswirtschaftlichen Kosten erheblich. Mit Investitionen in eine gute Familienpolitik würden wir viel dazu beitragen, solche Folgekosten zu vermeiden. Es kommt uns also viel günstiger, präventiv in eine gute Sozialpolitik zu investieren, als im Nachhinein Reparaturkosten zu bezahlen. ■

Das Gespräch führte
Franziska Ramser

DEFINITIONEN

Armutsgrenze

Die Armutsgrenze ist aus den Richtlinien der SKOS abgeleitet. Sie wird bestimmt durch Grundbedarf + Wohnkosten + Krankenkassenprämien + 100 Franken pro Haushaltsmitglied über 16 Jahre. Liegt das Haushaltseinkommen nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge und der Steuern unter der Armutsgrenze, so gilt der Haushalt statistisch betrachtet als arm.

Working Poor

Working Poor sind erwerbstätige Personen, die in einem armen Haushalt leben. Der kumulierte Erwerbsumfang aller Mitglieder des Haushalts beträgt mindestens 36 Stunden pro Woche und entspricht demzufolge einer Vollzeitbeschäftigung (90 Prozent und mehr).

Sozialhilfequote, Kinderquote

Die Sozialhilfequote bezeichnet den Anteil der Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger an der ständigen Wohnbevölkerung. Die Kinderquote bezeichnet den Anteil der unterstützten Kinder (0–18 Jahre) an der Anzahl Kinder in der ständigen Wohnbevölkerung.

Quelle: BFS